

DeZIM.insights +

Working Paper #08 Berlin, Februar 2023

Ein Jahr Angriffskrieg:
Anhaltend große Solidarität
mit ukrainischen Geflüchteten
und hohe Unterstützung für
Sanktionen gegen Russland

Zusammenfassung

Geflüchtete aus der Ukraine wurden direkt nach Beginn des russischen Angriffskriegs Ende Februar 2022 in vielen europäischen Ländern mit überwältigender Solidarität empfangen, auch in Deutschland. Hat sich die Haltung der Menschen seitdem verändert? In diesem DeZIM.insights Working Paper analysieren wir die Unterstützungsbereitschaft im ersten Jahr nach Kriegsbeginn.

Hierzu greifen wir auf Daten des DeZIM.panels zurück und untersuchen, wie sich die Solidarität in den Bereichen „freiwilliges Engagement“, „Spendenbereitschaft“ sowie „Bereitschaft, Geflüchtete im eigenen Zuhause aufzunehmen“, zwischen März 2022 und Januar 2023 entwickelt hat. Unsere Befunde belegen, dass die Bereitschaft weiterhin hoch ist, Geflüchtete aus der Ukraine auf ganz unterschiedliche Weise zu unterstützen. Von März bis Juli 2022 beobachten wir eine moderate Abnahme, die sich jedoch von Juli 2022 bis Januar 2023 nicht fortsetzt.

Überdies stellen wir fest, dass die Menschen in Deutschland im Januar 2023 schärfere Sanktionen außerordentlich deutlich unterstützten – selbst wenn sie zu finanziellen Belastungen führen würden. Unsere Daten deuten folglich in keiner Weise darauf hin, dass die Stimmung gegenüber ukrainischen Geflüchteten gekippt sei oder sich ein solcher Kipppunkt unmittelbar abzeichnet.

Zentrale Ergebnisse

- Insgesamt besteht innerhalb der deutschen Wohnbevölkerung weiterhin eine sehr hohe Bereitschaft, Flüchtende aus der Ukraine zu unterstützen.
- Etwa jede*r Zweite ist offen für ehrenamtliches Engagement, mehr als die Hälfte kann sich vorstellen, für Geflüchtete zu spenden und fast jede*r Fünfte wäre bereit, Geflüchtete zuhause aufzunehmen.
- Die Unterstützungsbereitschaft bleibt zwischen Juli 2022 und Januar 2023 stabil.
- Im Januar 2023 sprechen sich zwei von drei Menschen in Deutschland für eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen Russland auch bei eigenen Mehrkosten aus (62 %). Nur unter den potenziellen Wähler*innen der AfD ist eine Minderheit (24 %) für schärfere Sanktionen.

Einleitung

Am 24. Februar 2023 jährt sich der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zum ersten Mal. Inzwischen haben fast acht Millionen Menschen (zumindest temporär) die Ukraine verlassen (UNHCR 2023). Die Aufnahmebereitschaft in vielen europäischen Ländern war und ist weiterhin überwältigend. Auch in Deutschland sind vermutlich über eine Million Geflüchtete angekommen (Destatis 2023), die auf Unterstützung durch weite Teile der Bevölkerung zählen konnten.

In den ersten Wochen nach der weiteren Eskalation des Krieges zeigte sich die deutsche Wohnbevölkerung – insbesondere Eingewanderte und Menschen mit Fluchterfahrung – in hohem Maße bereit, flüchtende Ukrainer*innen zu unterstützen (Mayer et al. 2022). Auch migrantische Selbstorganisationen riefen vielfach zur Solidarität auf (Bongarra 2022). Ohne die Unterstützungsleistungen aus der Bevölkerung wäre die Lage in den ersten Wochen vermutlich kaum zu bewältigen gewesen (Ochs et al. 2022). Diese Einschätzung teilen auch weite Teile der Bevölkerung selbst: Etwa ein Drittel der Befragten einer Studie gibt an, dass der Staat die Zivilgesellschaft in der gegenwärtigen Krise „im Stich gelassen“ habe (Höltmann et al. 2022).

Allerdings geht der Krieg in der Ukraine in jüngster Zeit nicht spurlos an der deutschen Bevölkerung vorbei (z.B. Jacobsen et al. 2022). Sorgen um eine Ausweitung des Konflikts, die steigende Inflation (nicht nur) durch gestiegene Energiepreise sowie die Furcht vor einem Gasmangel beschäftigen die Bevölkerung in Deutschland zunehmend, auch wenn sich zumindest bei der Gasversorgung in den ersten Wochen des Jahres 2023 Entspannung abzeichnet. Dass die Menschen in Deutschland inzwischen auch selbst von Auswirkungen des Krieges betroffen sind, könnte theoretisch dazu führen, dass ihre Solidarität mit der Ukraine und mit ukrainischen Geflüchteten abnimmt.

Wir nehmen den ersten Jahrestag des Beginns des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zum Anlass, um die Entwicklung der Unterstützungsbereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten in Deutschland in den letzten 12 Monaten zu untersuchen. Hierzu knüpfen wir an zwei Berichte vom März 2022 (Mayer et al. 2022) sowie September 2022 (Dollmann et al. 2022a) an und gehen der Frage nach, wie sich die Unterstützungsbereitschaft der deutschen Wohnbevölkerung zwischen März 2022 bis Januar 2023 entwickelt hat. Für unsere Auswertungen greifen wir auf Daten des DeZIM.panels zurück (Dollmann et al. 2022b), die im März 2022 (2.353 Befragte), im Juli 2022 (2.366 Befragte) sowie im Januar 2023 (2.445 Befragte) erhoben wurden (Dollmann et al. 2022c, d; Dollmann et al. 2023). Wir haben somit die Möglichkeit, die Ausprägung der Unterstützungsbereitschaft für Ukrainer*innen sowie die Unterstützung von Sanktionen an mehreren Zeitpunkten zu messen und im Zeitverlauf zu vergleichen.

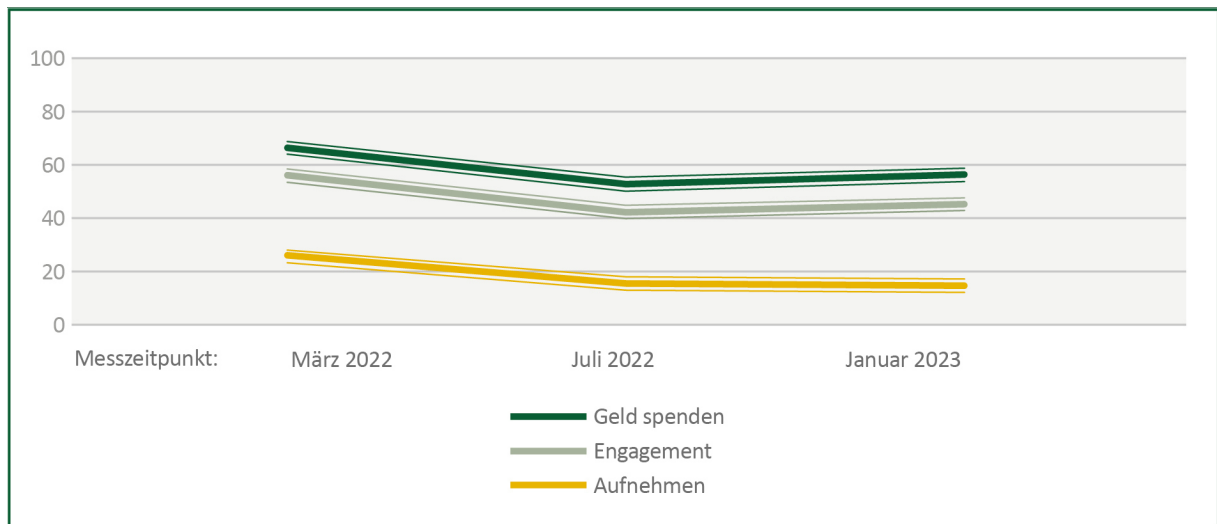
Analog zu den bisherigen Berichten des DeZIM-Instituts betrachten wir die Unterstützungsbereitschaft anhand der drei Bereiche „zivilgesellschaftliches Engagement“, „Spenden von Geld“ und „Aufnahme von Geflüchteten zuhause“. Diese drei Dimensionen werden für die Zeitpunkte März 2022, Juli 2022 und Januar 2023 analysiert. Daher können wir zeigen, wie sich die Unterstützungsbereitschaft in Deutschland im Laufe des ersten Kriegsjahres entwickelt hat. Zudem untersuchen wir, ob die deutsche Wohnbevölkerung wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland unterstützt. Im Juli 2022 fragten wir danach, ob die Sanktionen verschärft werden sollten, und im Januar 2023, ob die Befragten abermals verschärfte Sanktionen befürworten, auch wenn dies persönliche Mehrkosten verursachen würde. In der Auswertung zeigen wir, wie sich potenzielle Wähler*innen der im Bundestag vertretenen Parteien zu Sanktionen positionieren. Alle für diesen Bericht verwendeten Fragen können im Wortlaut im Methodenbericht am Ende dieses Beitrags nachgelesen werden.

Das DeZIM.panel

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Eingewanderte und ihre Nachkommen sind Teil einer postmigranten gesellschaftlichen Realität (Foroutan 2019). Um diese zunehmend komplexe Realität abbilden zu können, wurde das DeZIM.panel aufgebaut, das eine längsschnittliche Dauerbefragung der Bevölkerung erlaubt (Dollmann et al. 2022b). Es handelt sich dabei um eine postalisch rekrutierte Umfrage-Infrastruktur, mit der aktuelle Stimmungen und Trends in der deutschen Bevölkerung ermittelt werden können. Dazu werden nicht nur Personen ohne Migrationsgeschichte, sondern auch bestimmte Gruppen von Personen mit Migrationsgeschichte befragt, welche die größten Gruppen von Zuwander*innen in Deutschland repräsentieren und dabei auch unterschiedliche Zeiträume der Migration nach Deutschland abbilden. Im DeZIM.panel sind diese Gruppen überrepräsentiert. Dadurch liefert das DeZIM.panel genügend Fälle für Vergleiche und Analysen innerhalb dieser Gruppen – eine einzigartige Struktur in der deutschen Erhebungslandschaft, die im Methodenbericht am Ende dieses Beitrags detaillierter dargestellt wird.

Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

Abbildung 1. Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete über die Zeit in Prozent



Anmerkung: Die dicken Linien zeigen den Punktschätzer der jeweiligen Messzeitpunkte. Die dünnen Linien zeigen die untere sowie obere Grenze des 95%-Konfidenzintervalls. Der genaue Wortlaut der Fragen kann dem Methodenbericht am Ende dieses Beitrags entnommen werden.

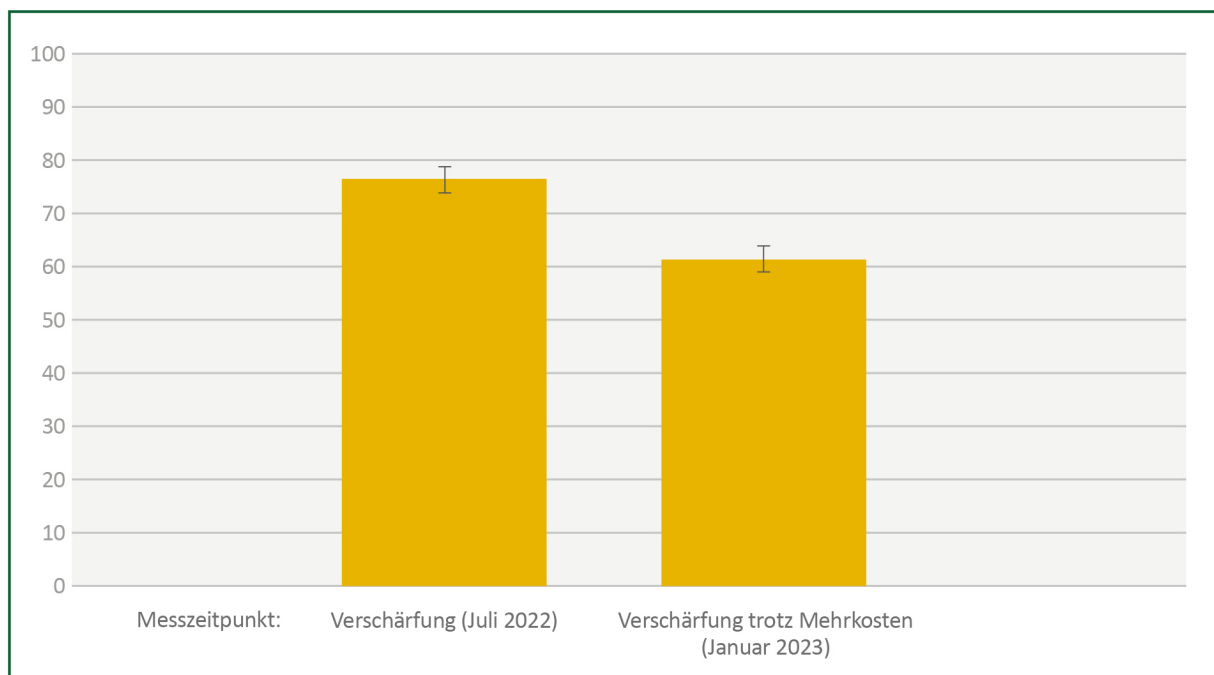
Auch ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs ist die Bereitschaft der Menschen in Deutschland ausgesprochen hoch, Geflüchtete aus der Ukraine zu unterstützen (Abbildung 1). Während die Solidarität zwischen Februar und Juli 2022 leicht zurückging¹, blieben die Werte zwischen Juli 2022 und Januar 2023 stabil. Mehr als die Hälfte aller Menschen in Deutschland (57 %) konnte sich auch im Januar 2023 vorstellen, für Geflüchtete aus der Ukraine Geld zu spenden. Im März 2022 waren dies zwei von drei Personen (67 %) und im Juli 2022 gut jede*r Zweite (53 %). Ebenso dachte jede*r Zweite (46 %) im Januar 2023 darüber nach, sich ehrenamtlich zu engagieren – ähnlich wie im Juli 2022 (43 %) und etwas weniger als im Februar 2022 (56 %). Weiterhin war fast jede*r Fünfte (16 %) sogar bereit, geflüchtete Menschen aus der Ukraine vorübergehend zuhause aufzunehmen. Auch diese Bereitschaft ist stabil im Vergleich zum Juli 2022 (16 %) und etwas niedriger als bald nach Kriegsbeginn im März 2022 (27 %).²

¹ Dieser Rückgang kann möglicherweise auch dadurch bedingt sein, dass die erste Befragung direkt in der Woche nach Beginn des russischen Angriffskriegs stattfand. Zu diesem Zeitpunkt drückten Menschen möglicherweise unter dem unmittelbaren Eindruck eines Krieges in Europa und dem damit verbundenen Schock und der Fassungslosigkeit eine Unterstützungszintention aus. Andere Daten (Höltmann et al. 2022), die erst im Mai erhoben wurden, verzeichnen beispielsweise keinen Rückgang der Unterstützungsbereitschaft bei einem Vergleich zwischen Mai und August 2022.

² Die hier genannten Zahlen für Juli 2022 (sog. Punktschätzer) weichen von den Werten ab, die im DeZIM.insights Working Paper #04 im September 2022 genannt wurden. Dort stand, 58 Prozent der Menschen in Deutschland könnten sich vorstellen, für Geflüchtete aus der Ukraine Geld zu spenden. 47 Prozent dächten darüber nach, sich ehrenamtlich zu engagieren. 17 Prozent seien sogar bereit, geflüchtete Menschen aus der Ukraine vorübergehend privat aufzunehmen. Diese Abweichungen liegen aber im Bereich der statistischen Fehlertoleranz. Sie ergeben sich, da die Nonresponseanalysen, mit denen der systematische Ausfall der Befragten über die Zeit korrigiert wird, angepasst wurden (für weitere Details siehe den Methodenbericht am Ende).

Hohe Unterstützung für wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland trotz eigener Mehrkosten

Abbildung 2. Unterstützung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland in Prozent



Die Säulen zeigen die Befürwortung in Prozent, die vertikalen Striche das 95 %-Konfidenzintervall. Der genaue Wortlaut der Fragen kann dem Methodenbericht am Ende dieses Beitrags entnommen werden.

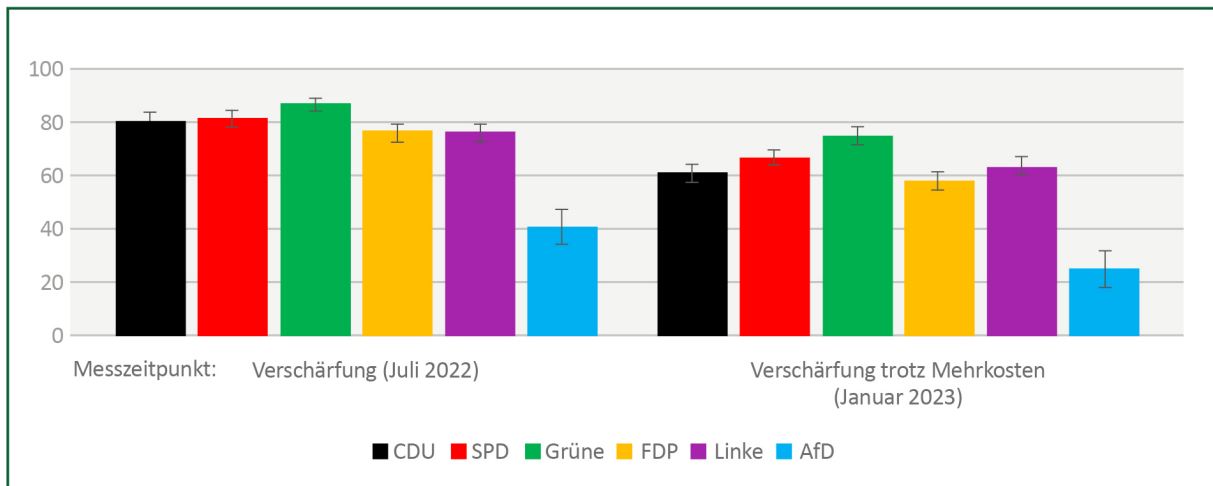
Das Balkendiagramm in Abbildung 2 veranschaulicht, dass eine deutliche Mehrheit der befragten Menschen in Deutschland wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland unterstützt: Im Juli 2022 befürworteten die meisten Befragten (77 %) eine Verschärfung der Sanktionen. Im Januar 2023 sprach sich eine deutliche Mehrheit der Menschen (62 %) für eine neuerliche Verschärfung aus, auch wenn dies für sie persönlich mit Mehrkosten verbunden wäre.³ Somit können wir feststellen, dass aktuell deutlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung schärfere Wirtschaftssanktionen befürwortet, selbst wenn sie selbst dadurch finanziell belastet würden.

Die Linie der Bundesregierung mit Blick auf den Ukraine-Krieg haben bisher vor allem die Parteien Die Linke und Alternative für Deutschland (AfD) nicht mitgetragen. Daher interessiert uns im nächsten Schritt, inwiefern die potenziellen Wähler*innen verschiedener Parteien Sanktionen gegen Russland unterstützen (Abbildung 3).

³ Für die Einordnung der, wenn auch eher geringen, Unterschiede zwischen Juli 2022 und Januar 2023 ist wichtig, dass der direkte Vergleich zwischen beiden Fragen nur bedingt sinnvoll ist. Zum einen unterscheidet sich die konkrete Fragestellung. Während im Juli 2022 nur von einer „Verschärfung der Sanktionen“ die Rede war, wurden schärfere Sanktionen im Januar 2023 an persönliche Mehrkosten gekoppelt. Zum anderen unterscheidet sich das tatsächliche Ausmaß der Sanktionen zum Erhebungszeitpunkt. Im Vergleich zum Sommer 2022 wurden die Sanktionen bis Januar 2023 noch einmal deutlich intensiviert. Aus diesem Grund wurde auch die konkrete Frageformulierung angepasst. Zudem waren die möglichen individuellen Kosten für die Sanktionen im Juli 2022 noch nicht so gut absehbar wie im Januar 2023: Inzwischen belasteten die massiv gestiegenen Energiepreise und die deutlich erhöhte Inflation viele Menschen in Deutschland.

Nur bei potenziellen Wähler*innen der AfD sind Befürworter*innen der Sanktionen gegen Russland in der Minderheit

Abbildung 3. Unterstützung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland unterteilt nach potenzieller Wahlabsicht in Prozent



Anmerkung: Die Säulen zeigen den Punktschätzer, die vertikalen Striche das 95 %-Konfidenzintervall. Der genaue Wortlaut der Fragen kann dem Methodenbericht am Ende dieses Beitrags entnommen werden.

Sowohl im Juli 2022 als auch im Januar 2023 befürworteten die potenziellen Wähler*innen aller Parteien außer der AfD wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland mehrheitlich. So gaben im Juli 2022 mindestens drei Viertel der Anhänger*innen von CDU/CSU (80 %), SPD (81 %), Bündnis 90/Die Grünen (86 %), FDP (75 %) und Die Linke (76 %) an, schärfere Sanktionen zu unterstützen. Nur unter den potenziellen Wähler*innen der AfD waren die Befürworter*innen in der Minderheit (41 %). Ein ähnliches Bild zeigte sich auch im Januar 2023. Hier war nur jede*r vierte Anhänger*in der AfD (24 %) bereit, trotz Mehrkosten weitere Verschärfungen zu unterstützen, während es bei den potenziellen Wähler*innen aller anderen Parteien rund zwei Drittel sind (CDU/CSU = 60 %, SPD = 66 %, Grüne = 75 %; FDP = 58 %, Linke = 63 %). Die gesellschaftliche Spaltung in der Frage nach Sanktionen verläuft somit zwischen den Anhänger*innen der AfD und denen aller anderen Bundestagsparteien.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Auch ein Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 sind die Menschen in Deutschland in sehr hohem Maße bereit, Geflüchtete aus der Ukraine zu unterstützen. Ebenso zeigt sich, dass wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland breit getragen werden – ungeachtet dessen, dass diese eine finanzielle Belastung darstellen könnten.

Bislang finden wir zudem weder Hinweise darauf, dass die gesellschaftliche Stimmung im Hinblick auf die Zuwanderung von Ukrainer*innen kippen könnte, noch Anhaltspunkte dafür, dass es zu einer massiven gesellschaftlichen Polarisierung kommt (siehe auch Dollmann et al. 2022a). Einzig die Unterstützung von Sanktionen gegen Russland befürworten Anhänger*innen der AfD in geringerem Maße als potenzielle Wähler*innen anderer Parteien. Da die Gruppe der AfD-Anhänger*innen jedoch eher klein ist, sehen wir keine Anzeichen für eine grundsätzliche Polarisierung in dieser Frage. Selbst die Anhänger*innen der übrigen Oppositionsparteien CDU/CSU und Die Linke unterstützen wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland.

Obwohl wir bislang keine empirische Evidenz für einen Kipppunkt in der Gesellschaft finden, empfehlen wir weiterhin, die Bereitschaft der Bevölkerung zu beobachten, Geflüchtete aus der Ukraine zu unterstützen. So kann gewalttätigen Übergriffen, wie sie im Zuge der Fluchtzuwanderung 2015/2016 vorkamen, vorgebeugt werden. Sollte sich die Unterstützungsbereitschaft verringern, wird die Politik gefragt sein, sowohl bei der Unterbringung als auch bei der weiteren Versorgung der Geflüchteten die aktivierte Zivilgesellschaft bestmöglich zu unterstützen und zugleich auftretende Konflikte zu moderieren.

Methodenbericht

Die Grundgesamtheit des DeZIM.panels umfasst alle in Deutschland lebenden Personen mit und ohne Migrationsgeschichte zwischen 18 und 67 Jahren (Dollmann et al. 2022b; Ruland & Sandbrink 2022). Die Stichprobe des DeZIM.panels basiert auf einem zweistufig geschichteten Ansatz mit dem Ziel, bestimmte Bevölkerungsgruppen überproportional häufig in der Stichprobe zu berücksichtigen: 1) Türkeistämmige Personen, 2) Menschen aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, 3) Personen aus Staaten mit ehemaligen Gastarbeiterabkommen (außer Türkei) sowie 4) (Spät-)Aussiedler*innen. Alle anderen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte wurden für die Stichprobenziehung in einer fünften Kategorie zusammengefasst.

Die erste Stichprobenstufe umfasst alle Gemeinden in Deutschland. Hieraus wurden 57 Gemeinden zufällig ausgewählt (proportional zur Gemeindegröße, PPS: „probability proportional to size“), was 60 Stichprobenpunkte ergibt. Einige große Gemeinden wie Berlin umfassten mehr als einen Stichprobenpunkt. Um die Gesichtvalidität („face validity“) der Stichprobe zu gewährleisten, wurden zwei implizite Stratifizierungsmerkmale mit einbezogen, nämlich das Bundesland und die Gemeindegrößenklasse (BIK). Nach der Auswahl der relevanten Primärstichprobe wurden die ausgewählten Einwohnermeldeämter der Gemeinden gebeten, Namen und Adressen von zufällig ausgewählten Anwohner*innen zu übermitteln.

In einem zweiten Schritt wurden die Adressen ausgewählt. Da das DeZIM.panel auf die Überrepräsentation der Gruppen 1–4 (s.o.) abzielt, Informationen zur Gruppenzugehörigkeit bei den Einwohnermeldeämtern allerdings nicht verfügbar sind, wurde ein namensbasiertes Verfahren zur Vorklassifikation des Migrationshintergrundes gewählt (Humpert & Schneiderheinze 2000). Anhand des Vor- und Nachnamens wird hierbei festgelegt, aus welchem Land die Personen stammen könnten. Danach wurden die Personen aus den (vermuteten) Ländergruppen 1–4 überproportional häufig gezogen. In den Analysen werden Designgewichte eingesetzt, um die unterschiedlichen Ziehungswahrscheinlichkeiten der Personen aus den verschiedenen Herkunftsgruppen zu berücksichtigen. Da es sich nur um eine namensbasierte Vorklassifikation handelt, wurden alle Personen im Laufe der Umfrage nach ihrer tatsächlichen Migrationsbiographie gefragt. Die in der Analyse ausgewiesenen Gruppenzugehörigkeiten beruhen daher auf den tatsächlichen und nicht auf den vermuteten Herkunftsländern.

Die Daten im Bericht

Die hier dargestellten Ergebnisse entstammen sowohl der Ukraine-Sonderbefragung bald nach Beginn des Krieges im März 2022 als auch der dritten (Feldzeit Juli 2022) und fünften (Feldzeit Januar 2023) regulären Welle des DeZIM.panels (Dollmann et al. 2022c, d; Dollmann et al. 2023). Bei der Sonderbefragung stehen 2.353, bei der dritten Welle 2.366 und bei der fünften Welle 2.445 Interviews für Analysen zur Verfügung. Da die Teilnahmewahrscheinlichkeit in den unterschiedlichen Befragungswellen nicht zufällig über alle potenziell Teilnehmenden aus der Rekrutierungswelle verteilt ist, schätzen wir einen Bleibefaktor für jede genutzte Panelwelle. Dieser Bleibefaktor ist die Inverse der geschätzten Wahrscheinlichkeit auf Basis einer logistischen Regression mit der Teilnahme (1 = ja, 0 = nein) als abhängige Variable. Als unabhängige Variablen in diesem Modell werden das Geschlecht, der Bildungsgrad, der Familienstatus, das Geburtsjahr, die Religionszugehörigkeit, das Einkommen, die Migrationsgeschichte, die Staatsbürgerschaft, die wahrgenommene Diskriminierung, der Wohnort sowie das Protestverhalten (unterteilt nach Teilnahme an Demonstrationen allgemein, gegen Rassismus, gegen die Coronamaßnahmen und für Arbeitnehmer*innenrechte) bestimmt. Der Bleibefaktor wird mit dem Designgewicht der Rekrutierungsstichprobe multipliziert. Damit lassen sich die hier getroffenen Aussagen aus jeder Welle auf die Bevölkerung in Deutschland verallgemeinern.

Frageformulierungen

In diesem Beitrag werten wir insgesamt fünf verschiedene Fragen des DeZIM.panels aus, die sowohl in der Ukraine-Sonderbefragung als auch in der dritten und fünften regulären Welle erhoben wurden. Drei dieser fünf Fragen messen die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten in Deutschland. Auf einer Skala von 1 „Kann ich mir sehr gut vorstellen“ bis 7 „Kann ich mir überhaupt nicht vorstellen“ wurde abgefragt:

- 1) „Ich kann mir vorstellen, mich ehrenamtlich für Flüchtlinge aus der Ukraine zu engagieren.“
- 2) „Ich kann mir vorstellen, Flüchtlinge aus der Ukraine vorübergehend bei mir zuhause aufzunehmen.“
- 3) „Ich kann mir vorstellen, Geld zu spenden.“

Für die Analysen wurden die Antwortoptionen 1–3 („Kann ich mir eher vorstellen“) sowie 4–7 („Kann ich mir eher nicht vorstellen“) zusammengefasst.

In der dritten regulären Welle wurden die Befragten überdies gebeten, anzugeben, wie die westlichen Staaten auf den Ukraine-Krieg reagieren sollen. Eine Formulierung lautete:

- 4) „Die wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Russland verschärfen.“

Die Antwortoptionen waren 1 „Stärkere Sanktionen“ bis 7 „Schwächere Sanktionen“.

In der fünften Welle wurden die Teilnehmenden gefragt:

- 5) „Die politischen Reaktionen können auch Ihr persönliches Leben beeinträchtigen, zum Beispiel durch steigende Lebenshaltungskosten aufgrund höherer Energiepreise. Inwiefern sind Sie bereit, Mehrkosten zu tragen, die durch härtere Sanktionen gegenüber Russland entstehen können?“

Die Antwortoptionen reichten von 1 „Stärkere Sanktionen und gegebenenfalls höhere eigene Kosten“ bis 7 „Schwächere Sanktionen und gegebenenfalls weniger eigene Kosten“. Für die Analysen der Fragen 4) und 5) wurden die Werte 1–3 (Unterstützung härterer Sanktionen) und 4–7 (keine Unterstützung) jeweils zusammengefasst.

Die Fragen nach den Sanktionen werden in diesem Beitrag getrennt nach Wahlabsicht ausgegeben. Diese wurde bereits zuvor in der ersten Panelwelle erhoben (Feldphase Januar 2022). Die Frage hierfür lautete: „Geben Sie bitte für jede der folgenden Parteien anhand dieser Skala an, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen würden.“ Die Antwortoptionen gingen von 1 „Ich würde diese Partei mit Sicherheit wählen“ bis 10 „Ich würde diese Partei auf keinen Fall wählen“. Für die Analysen wurden die Werte 1–5 (potenzielle Wähler*in) zusammengefasst.

Literaturverzeichnis

Bongarra, Francesco (2022): Muslim communities in Europe urged to help fleeing Ukrainians. 1. März 2022, Arabnews. <https://www.arabnews.com/node/2033996/world> [letzter Aufruf 7.2.2023].

Destatis (2023): Ukraine. Zuzüge aus der Ukraine. https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/_Grafik/_Interaktiv/wanderungen-deutschland-ukraine-monatlich.html [letzter Aufruf: 1.2.2023].

Dollmann, Jörg; Mayer, Sabrina J.; Jacobsen, Jannes; Köhler, Jonas; Lietz, Almuth und Siegel, Madeleine (2022a): Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland: Eine Längsschnittanalyse des DeZIM.panels. DeZIM.insights Working Paper 4, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

Dollmann, Jörg; Mayer, Sabrina J.; Lietz, Almuth; Siegel, Madeleine und Köhler, Jonas (2022b): DeZIM.panel – Data for Germany’s Post-Migrant Society. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, online first. <https://doi.org/10.1515/jbnst-2022-0025>.

Dollmann, Jörg; Mayer, Sabrina J.; Lietz, Almuth; Köhler, Jonas; Siegel, Madeleine und Kalter, Frank (2022c): Erste Schnellbefragung des DeZIM.panels: Ukraine-Krieg 2022. Version: 1.0.0. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Datensatz im Erscheinen.

Dollmann, Jörg; Jacobsen, Jannes; Mayer, Sabrina J.; Lietz, Almuth, Siegel, Madeleine; Köhler, Jonas und Kalter, Frank (2022d): Gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland. Dritte Welle DeZIM.panel. Version: 1.0.0. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Datensatz im Erscheinen.

Dollmann, Jörg; Jacobsen, Jannes; Mayer, Sabrina J.; Lietz, Almuth, Siegel, Madeleine; Köhler, Jonas und Kalter, Frank (2023): Gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland. Fünfte Welle DeZIM.panel. Version: 1.0.0. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Datensatz im Erscheinen.

Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript 2019.

Höltmann, Gesine; Hutter, Swen und Rößler-Prokhorenko, Charlotte (2022): Solidarität und Protest in der Zeitenwende. Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg. Discussion Paper ZZ 2022–601. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.

Humpert, Andreas und Schneiderheinze, Klaus (2000): Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererumfragen – Einsatzmöglichkeiten der Namenforschung (Onomastik). ZUMA Nachrichten 24 (47), S. 36–63.

Jacobsen, Jannes; Dollmann, Jörg; Köhler, Jonas; Lietz, Almuth; Mayer, Sabrina J. und Siegel, Madeleine (2022): Folgen der Inflation: Insbesondere Menschen mit Kindern und Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind betroffen. DeZIM.insights Working Paper 3, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

Mayer, Sabrina J.; Lietz, Almuth; Dollmann, Jörg; Siegel, Madeleine und Köhler, Jonas (2022): Reaktion

auf den Ukraine-Krieg: Eine Schnellbefragung des DeZIM.panels. DeZIM.insights Working Paper 1, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

Ochs, Marius; Semeniuk, Valeriia und Konsevych, Olga (2022): Sechs Monate Krieg: Wie Berlin die Ukrainer untergebracht hat – und wo die Probleme liegen. 27. August 2022, Tagesspiegel. <https://plus.tagesspiegel.de/berlin/bilanz-nach-sechs-monaten-krieg-hat-berlin-die-ukrainer-gut-untergebracht-8574385.html> [letzter Aufruf: 1.2.2023].

Ruland, Michael und Sandbrink, Katharina (2022): Methodenbericht: Gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland. Rekrutierungsstudie, DeZIM.panel.

UNHCR (2023): Ukraine Refugee Situation. <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine> [letzter Aufruf: 1.2.2023].

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Dollmann, Jörg; Jacobsen, Jannes; Mayer, Sabrina J. (2023): Ein Jahr Angriffskrieg: Anhaltend große Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten und hohe Unterstützung für Sanktionen gegen Russland. DeZIM.insights Working Paper 8, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM.insights Working Papers geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76
10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Jörg Dollmann, Jannes Jacobsen, Sabrina J. Mayer

Redaktion und Satz

Daniela Turß

Covergestaltung

Linda Wölfel

DOI

10.31235/osf.io/9vkrf

ISBN

978-3-948289-51-5

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ist eine Forschungseinrichtung, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Es forscht zu den Themenfeldern Integration und Migration, Konsens und Konflikt sowie gesellschaftliche Teilhabe und Rassismus. Das DeZIM stützt sich auf zwei Säulen: das DeZIM-Institut und die DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Es wurde 2017 gegründet und hat seinen Sitz in Berlin-Mitte.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend